

der süddeut-  
erger Ronhof.  
Club von den  
er Kiekers in  
t 3:0 geschla-  
ter (je 2) und  
Meisterschaft.  
ierten, völlig  
hof liegen nur  
er, nach dem  
ie Stuttgarter

wieder an.  
g kommenden  
den weiter  
u Frankreich  
Oesterreicher  
s Schweiz an-  
zember folgt  
alland. Rück-  
geplant.  
shleystadion  
des britischen  
ie Errichtung  
on mit Rück-  
ung stehenden  
en so gut wie  
apit behelfen,  
n seiner Um-  
lage und an-  
n.  
er  
rry Bernstein  
sterieinander.  
a Brooklyn  
alle Kämpfe

der  
das Feld der  
ersten zehn  
ropier außer  
ner, kein Asi-  
in der Best-  
er Frank-  
er über 3000 m

Nezz ist mit  
äufer. Seine  
18:23, Ahlden  
vor Pujazon-  
l und Helmo  
nd 10. Stelle.  
Wunderläufer  
die besten  
2 und 30:02,0  
mit 14:22,8 am  
nd Jakobsson  
an Helmos  
ische Ab ist  
ist, daß die  
auch hervor-  
reiche 14:29,0

Welt dürften  
er Ewel und  
100 Meter in  
Samuels lief  
der Belgier

5 Meter!  
Saison dieses  
leicht worden  
Der Landes-  
Postillion-  
nung ist die  
wurde.

45 bei Un-  
Radkersburg  
n 32 Jahre, im  
Agnes Stump  
vande, Sec.  
ul Kreuz-  
nster, 35.

9, 45 im  
res (Frank-  
h, Störbe-  
ückischen  
mit seinen  
Erde, in un-  
u Elisabeth  
ul Giesling,  
it am 15. 4.  
Kapelle in

guterh., geg.  
Borken, Bur-

radio (4-6 Roh-  
choholt.  
egen Arbeits-  
uhe (44). Nien-  
10.  
ette, gegen  
tschule (43).

str, Kuh oder  
Aa.  
37) gegen Be-  
str, 8.  
gegen Kaf-  
tzowitz, 8.  
mit Kasten-  
mwagen oder  
rm, Hoffmann,  
schule (40/41).  
ermer Str. 33)  
Mädchenschule  
choholt, Anhol-  
güte Schreib-  
2, Bocholt.  
en geg. engl.-  
engl. Leichen,  
wickler Str. 6.  
acke, 3/4 lang,  
inneren br. Pelz-  
it, Holtwickler

erleitung gegen  
NWZ, Bocholt.

an nur Nfr  
as hat Auf-  
Es werden  
an und seine  
ntlicht.

eb 24. 8. 1891  
nburg (Ostpr.)  
Kuchinka, Fp-  
45 Braunsberg  
röger, Fp-Nr.  
4, bei Aachen,  
Lücking, Fp-  
lapab, 6.  
ons Mendera,  
st.

en, die ohne  
jedoch mit  
n erscheinen  
richtert wer-  
chtet wird.  
Mädchen schrit-  
an die neben  
Ziffern ange-  
enden sind  
s betreffend  
et werden.

Herausgegeben von den britischen Militärbehörden  
Die Zeitung erscheint jeweils dienstags und freitags  
Der Postverlagsort ist (31) O e l d b

# Neue

# Westfälische Zeitung

Nr. 87

Freitag, den 12. April 1946

20 Pfg.

## Die UNO. steht vor neuen Aufgaben

### Persien-Debatte noch nicht beendet



Fiorenzo La Guardia, der frühere Bürgermeister von New York, wurde zum Präsidenten der UNRRA ernannt.

### Indien-Untersuchungsphase vor dem Abschluß

Neu Delhi, 8. April. Die Untersuchungsphase in den Verhandlungen der britischen Kabinettsabordnung zur Regelung der indischen Verfassungsfrage wird bis zum 15. April abgeschlossen sein, wie der Neu-Delhi-Rundfunk am Sonntag bekanntgab.

Die bisherigen Besprechungen haben gezeigt, daß die indischen Fürsten den Unabhängigkeitsbestrebungen eines vereinten Indiens nicht im Wege stehen werden, vorausgesetzt, daß sie vor jeder Änderung in ihren Beziehungen zur britischen Krone befragt werden und ihre dynastische Erbfolge gewährleistet wird.

Der Präsident der indischen Moslem-Liga, Dr. Jinnah, sprach zum erstenmal seit seiner Zusammenkunft mit der britischen Kabinettsabordnung zu einer Versammlung der Liga. Er forderte die Versammelten auf, keine Opfer zu scheuen und einen Kampf bis zum Tod für Pakistan — Schaffung eines unabhängigen Moslemstaates in Indien — zu führen. Die Liga, so führte er aus, würde sich nie einem Plan unterwerfen, der mit der englischen Regierung ohne Zustimmung der Moslems ausgearbeitet werde.

### Nationalarmee geplant

Eine vollständige Nationalarmee, die nur indische Offiziere und Mannschaften hat, soll in Indien geschaffen werden, wie der britische Oberkommandierende General Auchinleck im Staatsrat für Indien bekanntgab. Für diese Absicht sei, sagte General Auchinleck, ein möglichst naher Zeitpunkt ins Auge gefaßt. Der allgemeine hohe Ausbildungsstand des Heeres dürfe dabei keine Beeinträchtigung erfahren.

Britische Kreise, die mit dem Fortgang der von der britischen Kabinettsmission geführten Verhandlungen enge Fühlung halten, wandten sich gegen die Vermutung, daß die Besprechungen mit der politischen Führerschaft Indiens dem toten Punkt nahe seien. Dieselben Kreise versicherten, daß die Verhandlungen im Augenblick sich offensichtlich noch ganz planmäßig und in freundschaftlichem Geiste abwickeln. Gebe es auch keine automatische Erfolgsgarantie, so sei bisher ebensowenig der Anlaß zur Ankündigung eines Fehlschlages gegeben gewesen.

Eine ähnliche Stimme läßt sich aus dem Lager der indischen Führung vernehmen. Der Kongreßpräsident der Vereinigten Provinzen erklärte, man solle sich in Indien keiner negativen Sprache bedienen, sondern Glauben an den Erfolg der schwebenden Verhandlungen bekunden.

### Lage in Polen entspannt

Warschau, 10. April. Der Beschluß der polnischen Regierung, die Wahlen bis zum Herbst zu verschieben und im Juni einen Volksentscheid über die drei Hauptpunkte der Innen- und Außenpolitik der Regierung abzuhalten, hat die innerpolitische Lage in Polen merklich entspannt.

Die Angriffe gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Bauernpartei Mikolajczyk, haben aufgehört. Dafür wird der Volksentscheidplan, der in einer Sitzung des Koordinierungsausschusses der sechs anerkannten politischen Parteien angenommen wurde, in der Presse allgemein als ein Versuch begrüßt, die seit Wochen auf dem innerpolitischen Leben Polens lastende Spannung zu lösen.

Bei dem im Juni stattfindenden Volksentscheid werden die Wähler die drei Fragen zu beantworten haben: Erstens: ob sie das Zweikammersystem der Verfassung von 1921 oder eine einzige Kammer bevorzugen; zweitens: ob sie die Maßnahmen der provisorischen Regierung auf dem Gebiete der Bodenreform und der Nationalisierung billigen und drittens: ob sie mit den neuen Westgrenzen Polens und der engen Freundschaft und Bündnispolitik mit der Sowjetunion einverstanden sind.

DIE FORDERUNG der Sowjetregierung, daß der Weltsicherheitsrat der UNO, die Persienfrage von der Tagesordnung streiche, hat der Sowjetdelegierte Andrej Gromyko in einem Schreiben an den Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, erhoben. Dies teilte die sowjetische amtliche Nachrichtenagentur in der Nacht vom Sonntag zu Montag mit.

Sir Alexander und andere UNO-Delegierte lehnten es ab, die neue sowjetische Forderung irgendwie zu kommentieren. Sie sind vielmehr der Meinung, daß eine Sitzung des Weltsicherheitsrates darüber entscheiden müsse, weil der sowjetische Brief eine außerordentlich wichtige Tatsache sei. Das einzige, was bisher aus Kreisen der UNO-Delegierten verlautete, war, daß sie nicht einsehen, wie eine evtl. Behandlung der Persien-Frage am 6. Mai, wie sie in der kürzlichen Entscheidung der UNO, vorgesehen war, irgendwelchen Schaden anrichten könnte.

In dem Brief wiederholt Botschafter Gromyko noch einmal den sowjetischen Standpunkt, nach dem von vornherein die Sowjetunion die Zurückziehung der sowjetischen Truppen aus Persien auf Grund eines Vertrages zwischen ihr und der persischen Regierung zugesagt habe. Aber der Sicherheitsrat habe trotzdem die Persienfrage auf der Tagesordnung gelassen. Die Sowjetregierung könne die Entscheidung des Sicherheitsrates vom 4. April nicht unbeachtet lassen. Nach dieser Entscheidung wurde die Diskussion der Persienfrage vom Sicherheitsrat bis zum 6. Mai vertagt.

Die Sowjetregierung erklärt in dem Schreiben des Botschafters Gromyko, daß der Sicherheitsrat in seinem Beschluß nach Artikel 34 der UNO, Recht gehabt hätte, falls in Persien der internationale Friede oder die Sicherheit bedroht wären. Da aber in der Tat eine solche Situation in Persien weder bestand noch bestehe, hätte der Sicherheitsrat keinen Grund zur weiteren Diskussion der Persienfrage am 6. Mai.

### Gegen den russischen Standpunkt

London, 9. April. Beide, Großbritannien und die USA, werden sich höchstwahrscheinlich dem sowjetischen Vorschlag, Persien gänzlich von der Tagesordnung des Sicherheitsrates zu streichen, widersetzen, wie ein Sonderkorrespondent von Reuters meldet.

Der amerikanische Außenminister Byrnes erklärte, wie aus Washington berichtet wird, daß er keinen Grund sähe, daß sich der Sicherheitsrat vor dem festgesetzten Termin, dem 6. Mai, mit der Persienfrage befasse.

### Ölabbmachung veröffentlicht

Moskau, 9. April. Den Inhalt der russisch-persischen Ölabbmachungen, die gleichzeitig mit dem Räumungsabkommen am 4. April abgeschlossen wurden, gibt der Moskauer Rundfunk jetzt bekannt. Die Bestimmungen sind in einem Briefwechsel zwischen dem persischen Ministerpräsidenten und dem russischen Botschafter in Teheran festgelegt und sehen Ölkonzessionen an eine russisch-persische Ölgesellschaft für Nordpersien unter Ausschuß des Gebietes westlich des Urmia-Sees vor. Der persische Anteil an der Gesellschaft beträgt für die ersten 25 Jahre 49, später 50 Prozent.

## Abschlußsitzung im Völkerbund

„Der Völkerbund ist tot, lang lebe die UNO.“

Genf, 8. April. 26 Jahre, nachdem sich 40 Nationen voller Hoffnung auf fruchtbare Zusammenarbeit und endgültigen Weltfrieden zum erstenmal in Genf trafen, eröffnete der norwegische Präsident des Völkerbundes, Dr. Carl Hambro, die Abschlußsitzung.

„Wir wissen“, so betonte Dr. Hambro, „daß es uns oft an moralischer Kraft gemangelt hat, daß wir oft geögert haben, wenn Taten gefordert wurden und daß wir manchmal gehandelt haben, wenn es weiser gewesen wäre, zu zögern.“

„Wir wissen auch“, fuhr er fort, „daß wir uns oft gescheut haben, die Verantwortung für schwere Entscheidungen zu übernehmen, und wir wissen ebenso, daß wir der Geschichte nicht entgegen können.“

„Dennoch treffen wir uns hier nicht in Verzweiflung, sondern sind voll neuer Hoffnungen, weil wir bereits sehen, wie eine bessere Idee aus der Saat unserer einstigen Bemühungen keimt. Die heilige Flamme der Hoffnung auf eine bessere und reichere Zukunft ist im Sturm der Kriegsjahre verloscht worden. Unser Vorrecht ist es heute, sie in jüngere und stärkere Hände weiterzugeben.“

Die Hoffnung, daß die Arbeit des Völkerbundes in den Vereinten Nationen ihre Fortsetzung findet mit dem Ziel, keine Anstrengung zu unterlassen, um die Welt vor einem neuen Krieg zu schützen, kam in einem Trinkspruch zum Ausdruck, der von einem alten Mitglied der Völkerbundsversammlung mit den Worten ausgebracht wurde: „Der Völkerbund ist tot, lang lebe die UNO.“

Nur wenige der Männer waren noch auf der Abschlußsitzung, die die Eröffnungssitzung des Völkerbundes in Genf miterlebt hatten. Zu ihnen gehören Viscount Cecil, Mitglied der britischen Delegation, und Paul-Boncour, der ehemalige französische Ministerpräsident.

Die Vereinten Nationen werden nun alle Gebäude und Einrichtungen des Völkerbundes in Genf mit einem Wert von etwa 2750 000 Pfund Sterling und ebenso alle Verpflichtungen übernehmen. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet,

### Putschversuch in Persien

Teheran, 9. April. Ein mißglückter Staatsstreich, dessen Ausmaß bis jetzt noch nicht bekannt ist, wurde aus der persischen Provinz Mazandaran am Kaspischen Meer gemeldet.

Der fehlgeschlagene Staatsstreich gegen den Ministerpräsidenten sei, so nimmt man in Teheran diplomatischen Kreisen an, von rechtsradikalen Führern angestiftet worden, um ihrer Mißbilligung über das russisch-persische Ölabkommen Ausdruck zu geben.

### Sicherheitsrat trat erneut zusammen

New York, 9. April. Der Weltsicherheitsrat trat am Dienstagabend in New York zu seiner planmäßigen Sitzung zusammen.

Botschafter Gromyko, der Vertreter der Sowjetunion, hatte wieder seinen gewohnten Platz eingenommen. Der persische Botschafter Hussein Ala dagegen war nicht mehr anwesend.

Der Rat ging sofort nach Eröffnung der Sitzung zur Tagesordnung über und hörte einen Bericht des Sachverständigen-Komitees zur Geschäftsordnung.



Gromyko

## Keitel gesteht Verbrecherbefehle ein

Nürnberg, 8. April. „Man müßte Hitler gekannt haben, um mich zu verstehen“, das war die Quintessenz der Rechtfertigungsversuche, die der ehemalige OKW-Chef und Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel heute am Montag, dem letzten Tag seines Verhörs im Zeugensaal, den Vorhaltungen der Ankläger und seines Verteidigers entgegenzuhalten hatte.

„Ich verstehe“, so antwortete er seinem Anwalt Dr. Nette auf die Frage, wie er dem Gericht erklären wolle, daß er Befehle weitergegeben habe, obwohl er gewußt habe, daß sie verbrecherisch waren. „Ich verstehe, daß mein Verhalten Dritten, vor allen Dingen Ausländern, unbegreiflich sein muß. Man mußte wissen, in welchem Milieu ich Tag und Nacht und darüber hinaus jahrelang gearbeitet und mich befunden habe. Man muß die jeweiligen Umstände auch kennen, unter denen sich diese Dinge ereignet haben.“

Zu Keitels Eingeständnis, daß er sich des Verbrecherischen der von ihm gezeichneten Befehle

### Ein polnischer Antrag

New York, 9. April. Die polnische Regierung hat eine Debatte des Weltsicherheitsrates über das Franco-Regime in Spanien beantragt, wie amtlich bekanntgegeben wurde. Der polnische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Professor Oskar Lange, stellte diesen Antrag in einem Brief an den Generalsekretär der UNO. Er ersuchte ihn, die Frage des Franco-Regimes innerhalb der nächsten Tage auf die Tagesordnung des Weltsicherheitsrates zu setzen, da sich in Spanien eine Lage entwickelt habe, die zu einem internationalen Streit führen könne. Damit sei, so heißt es in dem Brief des polnischen Botschafters, gemäß der Verfassung der UNO, der Fall gegeben, unter dem diese Angelegenheit behandelt werden könne.

### Streit um griechische Wahlen

Athen, 9. April. Die Aufforderung, die innergriechische Frage den „Großen Drei“ oder der UNO vorzulegen, wurde am Montag von der EAM und den übrigen Linksparteien Griechenlands an die Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Frankreichs gerichtet.

In der Note heißt es, daß durch die anzeichnend einseitigen Wahlen eine griechische Regierung entstanden sei, die versuche, die Monarchie zurückzubringen und dadurch die Gefahr äußerer Verwicklungen hervorrufe.

### Sonderausschuß in London

London, 9. April. Das Schicksal der Flüchtlinge und Zwangsverschleppten in aller Welt soll durch die Internationale Konferenz des UNO-Sonderausschusses für Flüchtlingsfragen, die am Montag in London begann, eine grundlegende Wendung erfahren.

Hauptaufgabe des Ausschusses, dem zwanzig Nationen angehören, ist, die Flüchtlinge zur Rückkehr in ihre Heimatländer zu ermutigen und sie bei der Rückführung zu unterstützen.

bewußt war, kam es, als USA-Ankläger Thomas Dodd ihn fragte: „Sie haben hier immer betont, daß Sie ein alter Berufssoldat sind. Sie legen Wert darauf festzustellen, daß Sie in einer militärischen Tradition groß geworden sind. Wußten Sie, daß die Befehle, die Sie sagen, von Hitler stammen, die so Entsetzliches angerichtet und die Sie weitergegeben haben, verbrecherische Befehle waren?“

Keitel antwortete mit einem leisen „Ja — ich wußte es.“

### Verfängliche Randbemerkungen

Wieder, wie schon wiederholt bei seinem Verhör, brachten den Zeugen einige Bleistiftnotizen von seiner eigenen Hand am Rande eines Briefes von Admiral Canaris in Verwirrung, dieses Mal so stark, daß eine tödliche Stille eintrat, ehe er antworten konnte.

In dem Brief, der vom 15. September 1941 stammte, schrieb Canaris an Keitel, er habe erfahren, daß die Wehrmacht im Osten Zivilpersonen und politisch unerwünschte Soldaten dem SD ausliefern, der über ihr Schicksal entscheide. Mit kleinen Buchstaben hatte Keitel neben diese Stelle geschrieben: „Sehr wirksam.“

Weiter unten stand im Schreiben des Admirals, das sich Grundsätze einer Kriegsführung, die dem Kommando der Deutschen Wehrmacht unbekannt seien. Hier hatte Keitel am Rande vermerkt: „Keineswegs.“

„Wie vertragen sich diese beiden Bemerkungen von Ihrer Hand“, rief der Ankläger, „mit Ihrer dauernd vorgebrachten Behauptung, daß Sie innerlich mit derartigen Maßnahmen nicht einverstanden gewesen seien?“

Nach langem Schweigen sagte Keitel, er könne nach dem Verlauf von zwölf Jahren über das Zustandekommen dieser beiden Notizen keine näheren Erklärungen mehr abgeben.

Keitel schloß seine Aussage im Zeugensaal mit den Worten: „Man mag mir Irrtum vorwerfen, man kann mir sagen, daß ich falsch gehandelt habe, aber ich war nie feige, nie unwahrhaftig und nie treulos.“

### Exkanzleichef erscheint im Sportanzug

Von Keitels Verteidiger aufgerufen, betrat als erster Zeuge der frühere Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers in einem hellen Sportanzug den Hof in der Hand, den Gerichtssaal. Er beschränkte sich darauf zu betonen, daß er persönlich für nichts, was geschehen wäre, verantwortlich sei. Er habe keine Exekutive besessen, habe nur eine Verbindungsstellung gehabt und von den meisten Maßnahmen der Reichsregierung nichts gewußt.

Lammers sagte: „Die letzte Sitzung des Reichskabinetts, bei der es sich um die Beratung zu einem neuen Strafgesetzbuch handelte, fand im Jahre 1935 statt. Im Jahre 1935 ist dann das

(Fortsetzung auf Seite 8)

## Es geht um mehr als Insulinde!

Insulinde oder Indonisien bezeichnet die zwischen Südostasien und Australien liegende große Inselkette, zu der, um die bekanntesten zu nennen, die Molukken-Inseln, die Andamanen, die Nikobaren, die großen Sunda-Inseln Sumatra, Borneo und Celebes und die Philippinen gehören. Die Bevölkerung zählt auf rund zwei Millionen Quadratkilometern zwischen 65 und 70 Millionen Menschen. Die Ureinwohner sind nur noch in kleinen Resten anzutreffen. Eine starke Einwanderung, besonders von Chinesen, Arabern, Indnern und Europäern, hat die Ureinwohner völlig beiseite gedrängt. Der Islam herrscht vor. Politisch kommen etwa 55 Millionen Einwohner auf Niederländisch-Indien, 12 Millionen auf die Philippinen (Vereinigten Staaten) und eine Million auf englische Besitzungen. Der größte Teil von Insulinde ist also holländischer Besitz.

Im Krieg machten sich die Japaner schnell zu Herren des Landes, bis die Kapitulation auch hier ihrer Herrschaft ein Ende machte. Mitte August vorigen Jahres ging der amerikanische Oberbefehl an die Engländer unter Mountbatten über. Die Meinung, es handle sich nun in der Hauptsache um die Entlassung der etwa 35.000 Mann starken japanischen Truppen, war trügerisch. Die Japaner hatten nämlich während der Besatzungszeit eine heimische Aufständigenbewegung, nationalistischer Tendenz unter Dr. Soekarno als „Republikanische Zentralregierung“ anerkannt, der die Segel mächtig geschwollen waren und die jeden niederländischen Souveränitätsanspruch ablehnte. Mit dieser Bewegung im Bunde stand eine ganze Reihe örtlicher Organisationen revolutionärer Art. Die Folge des heftigen Widerstandes dieser Revolutionäre waren Strafexpeditionen und blutige Kämpfe, vor allem um Batavia und Soerabaja. Die niederländische Regierung bestand naturgemäß auf ihrem Rechtsanspruch, erklärte sich aber schon im Dezember 1942 bereit, Indonesien ein weitgehendes Selbstverwaltungsrecht im Rahmen des holländischen Reiches zuzugestehen. Inzwischen war an die Stelle von Dr. Soekarno eine „Regierung“ Shahrretre, Gemäßigter zwar als ihre Vorgängerin, wollte sie jedoch nicht mit der holländischen Regierung verhandeln, sondern als Vertreterin eines unabhängigen Volkes nur die Vereinten Nationen, die U.N.O., anerkennen. Holländischerseits waren der Generalgouverneur von Indonesien, Dr. van Mook, und Ministerpräsident Schermerhorn noch weiter entgegengedankt und im Verein mit dem englischen General Christensen in Verhandlungen mit Shahrretre eingetreten. Um sie zu einem guten Ergebnis zu führen, hat jetzt Premierminister Attlee zu Verhandlungen nach London eingeladen, die am Freitag dieser Woche beginnen werden. Dazu sind bereits Großbritannien, Sonderbeauftragter auf Java, Lord Inverchapel, und Generalgouverneur van Mook in der englischen Hauptstadt eingetroffen, ebenso auch einige indonesische Vertreter, darunter Parmoenjok, Mitglied des Oberhauses, das Unterhausmitglied Soegondo und Oberstleutnant Santoso, ein Widerstandsführer aus der Zeit der japanischen Besatzung.

Welche Bedeutung der ganzen Frage zukommt, brachte die „Times“ in einem Artikel vom 26. November vorigen Jahres zum Ausdruck: „Man darf die Aufgabe von Großbritannien nicht mit der, die holländische Autorität herzustellen, verwechseln. Die Frage des Verhaltens der westlichen Mächte zu dem erwachenden südöstlichen Nationalismus bedarf der ganzen Geschicklichkeit der Westmächte, um die Sicherheit in Ostasien und die Freundschaft der Ostvölker zu bewahren. Im Sinne der Versöhnung zwischen Holland und Indonesien müssen deshalb die Engländer in Java tätig sein, denn Java ist der Prüfstein für viele Völker des Fernen Ostens.“

### Sommerzeit ab 14. April

Hamburg, 10. April. Mit Wirkung vom 14. April 2 Uhr morgens gilt bis auf weiteres die Sommerzeit für den Bereich des britischen Kontrollgebietes. In diesem Augenblick müssen alle Uhren um eine Stunde, also auf 3 Uhr, vorgestellt werden.

Die Ausgehbeschränkung ist bis auf weiteres für die Zeit von 23.30 Uhr bis 4.30 Uhr festgesetzt.

### Damaskinos' Rücktritt angenommen

Athen, 8. April. Der zur Zeit in London lebende König Georg II. von Griechenland hat den Rücktritt des griechischen Regenten, Erzbischof Damaskinos, angenommen und das neue Kabinett aufgefordert, seine Auffassung über die Nachfolge zu unterbreiten.

Athen, 9. April. Die griechische Regierung hat den Regenten Erzbischof Damaskinos gebeten, sein Amt vorläufig weiterzuführen. Trotzdem ist Damaskinos zum Rücktritt entschlossen.

### Nochmals „nährhafte Zahlen“

Von einem Leser werden wir mit Recht darauf hingewiesen, daß sich in den Artikel „Nährhafte Zahlen“ in Nr. 63 ein Fehler eingeschlichen habe, „der zu falschen Vorstellungen führen dürfte“. Eine Kalorie ist nämlich nicht die Wärmemenge, die ein Liter, sondern ein Gramm (gleich ein Tausendstel Liter) Wasser um ein Grad erwärmt. Man benötigt also, um ein Liter Wasser ein Grad wärmer zu machen, genau tausend Kalorien. Interessant ist auch der Hinweis auf die praktische Auswirkung solcher Wärmemengen. So erzeugt ja beispielsweise Keilen-Wärme. Dazu aber ist eine beachtliche Arbeitsleistung nötig, um ein Liter Wasser durch Reiben von etwa 15 auf 16 Grad zu erwärmen, eine Tätigkeit, die also nach unserer Berechnung genau tausend Kalorien verbraucht. Eine Kalorie ist aber auch eine Arbeitsleistung. Praktische Versuche haben nämlich ergeben, daß eine Kalorie gleich 0,427 mkg ist, d. h. das Lieben von einem Kilogramm um 0,427 Meter entspricht einer Kalorie. Wie man sieht, lassen sich über Kalorien recht interessante Vergleiche mit der Praxis und unserer alltäglichen Arbeit anstellen.

## Kein Verbot von Rechtsparteien

London, 9. April. „Wir haben nicht die Absicht, Parteien mit rechtsstehendem oder monarchistischem Programm grundsätzlich zu verbieten“, erläuterte ein hoher Offizier der Kontrollkommission für Deutschland die Stellungnahme Großbritanniens zur parteipolitischen Entwicklung in der britischen Besatzungszone.

Die britische Politik gegenüber rechtsstehenden und separatistischen Splittergruppen geht dabei von der Erwägung aus, daß derartige Parteien den demokratischen Wiederaufbau am wenigsten behindern können, wenn sie offen für ihre Ziele eintreten dürfen.

„In letzter Zeit hat die Zahl der Berichte über Versuche zur Bildung rechtsstehender Monarchistenparteien einerseits und verschiedener örtlicher Separatistenparteien andererseits außerhalb unserer Zone zu merkwürdigen Ansichten über die parteipolitische Entwicklung in der britischen Zone geführt“, führte der britische Offizier weiter aus. Besonders der Leiter der Kommunisten in Berlin waren schnell mit der Feststellung bei der Hand, daß solche Parteien, wenn sie die Erlaubnis zu politischer Betätigung erhalten, entweder sehr stark sein müssen oder von den britischen Behörden begünstigt werden.

Das ist, wie der britische Offizier feststellt, ein falscher Schluß. Die einzigen Parteien, die bisher in der britischen Zone Bedeutung erlangt haben — die Sozialdemokraten, die

Christlichen Demokraten, die Kommunisten und die Freien Demokraten — bestehen auch in allen anderen Zonen. Ihre Bedeutung wurde von der britischen Verwaltung durch Lizenzierung ihrer Parteipresse und durch Berufung ihrer Vertreter in den Zonenrat und andere Ausschüsse anerkannt.

Die monarchistischen und separatistischen Parteien dagegen bestehen bisher nur in bescheidenem örtlichen Rahmen, und es liegen keine Zeichen dafür vor, daß sie über eine ausgedehnte Anhängerschaft verfügen. Da aber alle Parteien in der britischen Zone um eine Lizenz, wenn auch zunächst nur für eine Stadt oder einen Landbezirk, nachsuchen müssen, so wird ihr Auftreten öffentlich bekannt, auch wenn sie noch ganz klein sind.

Die britische Lizenzpolitik in solchen Fällen richtet sich streng nach den Potsdamer Abmachungen. Keine Gruppe wird zugelassen, die verhältlich oder unverhältnismäßig das Wiederaufleben des Nationalsozialismus oder des deutschen Militarismus sowie des Rassenhasses anstrebt oder Haßgefühle gegen die Alliierten erweckt.

Niemand darf Parteien gründen, die auf Grund der allgemeinen Entnazifizierungsbestimmungen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen ist. Aus diesem Grunde wird Reinhold Wulle nicht die Erlaubnis erhalten, die „Deutsche Wiederaufbaupartei“ zu leiten, die gerade um eine Lizenz eingekommen ist und ihr monarchistisches Programm vorgelegt hat. Aber eine derartige Lizenz könnte durchaus an Persönlichkeiten mit unbelasteter politischer Vergangenheit erteilt werden, denn es besteht nicht die Absicht, Parteien mit rechtsstehenden oder monarchistischen Programmen grundsätzlich zu verbieten.

„Eine solche Maßnahme“, betonte der britische Offizier, „würde nur alle rechtsstehenden Elemente in der Reihen der Christlich-DEMOKRATISCHEN UNION treiben, wo sie viel schwerer zu überwinden wären und besser in der Lage sein würden, die allgemeine demokratische Entwicklung zu beeinträchtigen, als wenn sie offen als das gekennzeichnet werden, was sie sind.“

### Arbeitszeit und Rationszulagen

Hamburg, 10. April. In gewissen Industriezweigen haben die Arbeitsbehörden Kürzungen der Arbeitsstunden eingeführt. Das würde bedeuten, daß eine Anzahl Schwerarbeiter nicht mehr zum Bezug der Zusatzleistungen berechtigt ist. Die Militärregierung hat jedoch entschieden, daß die Zahl von 35 Arbeitsstunden, die neue Untergrenze ist, die zum Anspruch auf diese Zusatzleistungen berechtigt.

Die Behörde des Pressechefs von Westfalen ist aufgelöst. Fragen, die das Lizenzieren von Zeitungen und Zeitschriften betreffen, sind an No 1 Information Control Unit Düsseldorf-Berndt zu richten. Es bestehen jedoch Presse-Unterabteilungen in Dortmund, Bielefeld und Oelde, die für örtliche Angelegenheiten zuständig sind.

## KURZNACHRICHTEN

Washington, 10. April. Die Mehrzahl der amerikanischen Republikan hat der Einberufung einer Konferenz der amerikanischen Außenminister nach Rio de Janeiro zugestimmt, wie das USA-Außenministerium bekanntgab.

Washington, 9. April. — Die amerikanischen Kohlentransporte nach Übersee müssen voraussichtlich Ende dieser Woche eingestellt werden, da der Streik der 400.000 Arbeiter des Kohlenbergbaues weiter anhält, wie jetzt bekanntgegeben wurde.

Tokio, 10. April. — Die stärkste Wahlbeteiligung der japanischen Geschichte wurde in den Parlamentswahlen erzielt. Man führt die starke Beteiligung an der Abstimmung vor allem auf die Teilnahme der japanischen Frauen zurück.

Tokio, 8. April. — 45 Beobachtergruppen, die sich aus Mitgliedern der Besatzungstreikräfte des britischen Weltreiches zusammensetzten, helfen die allgemeinen japanischen Wahlen überwachen.

Damaskus, 8. April. — Alle ausländischen Truppen, die sich noch in Syrien aufhalten, dürfen bis zum 15. April abgezogen sein, wie am Montag in Damaskus bekanntgegeben wurde.

Moskau, 8. April. — Ein Abkommen zwischen der französischen und der Sowjetregierung, das russische Getreidelieferungen an Frankreich vorsieht, wurde in Moskau unterzeichnet.

Warschau, 9. April. — Kardinal August Hlond, der Primas von Polen, wurde zum Erzbischof und Metropoliten von Warschau ernannt.

Mailand, 9. April. — Einen entscheidenden Wahlsieg errangen die italienischen Sozialisten am Sonntag in Norditalien, wie aus den bisher vorliegenden Teilergebnissen der Gemeindewahlen hervorgeht.

Wien, 10. April. Die Wiederaufnahme des Postverkehrs mit Deutschland ab 15. April wurde vom Alliierten Rat für Österreich genehmigt.

Basel, 8. April. — Der Eisenbahnverkehr von der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone Deutschlands mit den benachbarten Ländern soll nach einem Beschluß der internationalen Eisenbahnkonferenz in Basel wieder aufgenommen werden.

Paris, 9. April. Das französische Kabinett erklärte am Dienstag sein Einverständnis zur Fortsetzung der englisch-französischen Besprechungen, die ein britisch-französisches Bündnis vorbereiten sollen.

Berlin, 1. April. Auf der 26. Sitzung des Kontrollrates billigte und unterzeichnete der Rat das Gesetz Nr. 22, das sich mit der Bildung von Betriebsräten in deutschen Werken beschäftigt und das Gesetz Nr. 23, das jegliche militärische Konstruktion und das Entwerfen von militärischen Plänen und Modellen verbietet. Beide Gesetze werden am 17. April veröffentlicht.

Berlin, 10. April. Die Ernennung General Sokolowskis zum sowjetrussischen Vertreter im Alliierten Kontrollrat wurde in Berlin bekannt-

## Friedenskonferenz wird verschoben

New York, 9. April. — Ein neuer Termin für die Pariser Friedenskonferenz soll von den Außenministern der vier Großmächte bei ihren Besprechungen in Paris am 25. April festgelegt werden, erklärte der amerikanische Außenminister Byrnes. Ursprünglich war der Beginn der Friedenskonferenz, die Friedensregelungen für die ehemaligen europäischen Verbündeten Deutschlands festlegen soll, auf den 1. Mai angesetzt.

Außenminister Byrnes teilte weiter mit, daß sein Vorschlag zur Abhaltung der Viermächtekonferenz in Paris am 25. April inzwischen von der britischen, französischen und russischen Regierung angenommen wurde.

Über die Beratungspunkte der bevorstehenden Besprechungen der vier Außenminister sagte Byrnes, die Minister hätten sich vor allem mit der Abfassung der Verträge zu befassen. Die Friedensbestimmungen für Italien stünden an erster Stelle der Tagesordnung. Nach der Potsdamer Erklärung über die Funktionen des Rates der Außenminister könnten auch andere Fragen besprochen werden, wenn ein Einverständnis darüber zwischen den beteiligten Mächten erzielt sei. Da derartige Abmachungen noch nicht vorliegen, lehnte Außenminister Byrnes eine Äußerung darüber ab, ob Angelegenheiten wie die Ruhr- und Rheinlandfrage in seinen Besprechungen mit Bevin, Molotov und Bidault zur Sprache kommen würden.

Die Verzögerung der Friedenskonferenz, auf der 21 alliierte Nationen zu den Friedensverträgen mit den ehemaligen europäischen Verbündeten Deutschlands Stellung nehmen sollen, wird von dem diplomatischen Korrespondenten der „Times“ auf die Schwierigkeiten zurückgeführt, die bei der Ausarbeitung der Entwürfe auftreten. Die Beauftragten der Außenminister hätten in ihren vorbereitenden Besprechungen gewisse Bedingungen nicht zustimmen können, die nach ihrer Ansicht mehr Ähnlichkeit mit Waffenstillstandsbedingungen als mit Friedensverträgen hätten. Große Meinungsverschiedenheiten bestünden über die Stärke der italienischen Flotte, über die italienischen Kolonien und über Triest.

## Ruhrgebiet und England-Bündnis

### Das Echo der Frankreich-Presse

Paris, 8. April. — Die Besorgnis, daß die französischen Forderungen hinsichtlich der Internationalisierung des Ruhrgebietes die anglo-französische Freundschaft gefährden könnten, kam in Pariser Pressekommentaren zur Liller Sonntagsrede des französischen Außenministers Bidault zum Ausdruck.

So schreibt die dem französischen Außenministerium nahestehende Zeitung „Le Monde“, daß man sich in Frankreich nicht der Tatsache verschließen dürfe, daß der französische Standpunkt über die Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland aus Sicherheitsgründen ersten Hindernissen begegnen werde. Die russische Haltung sei undurchsichtig, führte das Blatt weiter aus, aber es bestehe die Möglichkeit eines französischen Wunsches im Saargebiet gegen französische Zugeständnisse in der Ruhrfrage.

„Paris Presse“, erklärt, daß es unsinnig sei, das Bündnis mit Großbritannien infolge Bestehens auf der Internationalisierung des Ruhrgebietes auf das Spiel zu setzen und dadurch zu riskieren, daß Frankreich eines Tages isoliert dastehe.

Außenminister Bidault hatte am Sonntag in Lille außer der Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland den Einschluss des Saargebietes in das französische Wirtschafts- und Währungssystem und die Inbesitznahme der Saargruben durch Frankreich gefordert.

gegeben. General Sokolowski löst den bisherigen sowjetrussischen Vertreter Marschall Schukow ab.

Potsdam, 8. April. Der zweite Schritt zur Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — SED — in der Sowjetzone wurde am Sonntag getan. Die verschiedenen Landesverbände der SPD und KPD, hielten gemeinsame Tagungen ab, die sich für die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien aussprachen.

Hamburg, 10. April. — Ein neues D-Zugpaar auf der Strecke Hamburg—Frankfurt a. M. wird ab 15. April verkehren. Vom gleichen Tage an verkehrt eine weitere D-Zug auf der Strecke Hamburg—Hannover—Hildesheim—Goslar, und ein dritter Zug zwischen Kiel—Hamburg—Köln an Werktagen.

Bochum, 10. April. — Alle Personen, die sich augenblicklich in Westfalen aufhalten und in ihre Heimat in der amerikanischen, französischen oder russischen Zone zurückkehren wollen, haben jetzt durch besondere Maßnahmen Gelegenheit dazu. Näheres ist beim Flüchtlingsamt in Bochum zu erfahren.

Essen, 9. April. Zum erstmaligen seit der Kürzung der Lebensmittelrationen hat sich die Förderung an Ruhrkohle in den letzten Tagen leicht erhöht.

## Nordwestdeutscher Rundfunk

Nachrichten tägl. 6.45, 9.00, 13.00, 19.00, 21.45 Uhr.  
Sonabend, 13. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.30 Wasserstandsmeldungen, 12.00 Der Jurist spricht, 12.15 Landfunk, 12.30 Tanzmusik, 16.30 Suchdienst, 17.00 Bühne und Film, 17.15 Musikalische Rundschau, 19.40 Sport und Militarismus, 20.00 Deutschland und die Olympischen Spiele, 20.15 Sternbilder, 22.45 Tanzmusik.  
Sonntag, 14. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.30 Wasserstandsmeldungen, 12.30 Musik, 16.00 Kinderfunk, 15.00 Sinfoniekonzert, 18.00 Jugend — heute und morgen, 19.30 Sport, 19.30 Landfunk, 20.00 Unterhaltungsmusik, 22.15 Lebendige Weltliteratur, 22.30 Tanzmusik.  
Montag, 15. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.30 Wasserstandsmeldungen, 12.30 Musik, 16.00 Kinderfunk, 16.30 Suchdienst, 17.00 Wissen und Forschung, 17.15 Kammermusik, 18.00 Volksmusik, 18.30 Streiflichter der Zeit, 19.30 Landfunk, 20.15 Die Affäre Dreyfus, 23.00 Tanzmusik.  
Dienstag, 16. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.30 Wasserstandsmeldungen, 12.30 Tanzmusik, 14.00 Deutsche Presseschau, 16.30 Suchdienst, 17.00 Im Rampenlicht, 17.15 Das gute Buch, 18.30 Streiflichter der Zeit, 19.30 Landfunk, 19.45 Die Frau, 20.15 Opernkonzert, 22.00 Literaturgeschichte, 22.15 Tanzmusik.

Druck: Verlag der Neuen Westfälischen Zeitung  
Oelde 206 718, Bielefeld 230 282  
Gesamtauflage: 527 000

## Wi

(Fortsetzung von S. 1)  
Kabinett noch eiltler hat den Reichswirtschaftsminister, der das Reichswirtschaftsministerium fort, daß Hitler sitzen, rief, ha wenigstens alle zw formatorischen Sit

## Minister

„Ich fragte den „ob ich die Reich einen Bierabend aber sagte mir: „ich einmal nach sie alle mal zu ein

Von den einzeln Dr. Lammers aus, unter der Verfolgung daß Rosenberg Goebbels, Frick el unter Görings unterstellungen Hitler

In gereiztem Ton falsch erinnere, wber 1941 aus allgem den seinen Rück Schacht sei damalm man ihm ausdruckscher Sender verb

Von dem Angeklm als Zeuge, daß regierung seinerzeit gen des Reichskahm „zugkräftige U zu erfinden. Nach den Kabinettsberate und auch nicht mfen. „Trotzdem d war. Tagelang h

zimmer gewartet, will ich nicht beha Von Frick herich im Jahre 1943 zu tektor von Böhmen Vorzimmer sagte er werde nie und nim

„Als Frick von Reichspräsidenten hatte allerdings de in seinem Protek halten.“

## Zwischenfa

Nürnberg, 9. Aprscharfen Angriff d Jackson gegen die achtung des Gericht Verhandlungstag der eines Buches v Druck in 250 Exer ihre Beweisführung stellt hatte.

Der Ankläger bes „antisemitischen P über zu einer so daß der Verteidiger Dix, den amerikani klärung abzugeben, „unerträgliche Atm reinigen“ solle. An Aufforderung nicht

„Amerika macht Praxis, die Anklage nationalsozialistisch paganda der Vertheid mit“, erklärte Jacks

Um ihre Propagand die Verteidigung di und habe im Falle ein Buch in 250 Ex Bogen Papier, mit herstellen lassen, o enthaltenen Zitate e erheblich abgelehnt

Für die Gesamtver großer Erregung, d Nürnberger Gericht sche oder antisem

„Niemand von uns Welt des Dritten R wäre, um mit Talley als ein Unrecht — Einen Angeklagten zu verteidigen“, ste eine Summe von über

Menschen fast über Nürnberger Prozeß nicht einmal gegen täglich angreift“, s

Rosenbergs Anwal den ganzen Vorfall habe die Dokumenta abteilung gegeben u

## Achtet

Die Instandsetzun schädigter Häuser w durch sehr erschwe Zeit unmöglich gem zerstörten Fensterr anderes Holzwerk b bodenbreiter werden größten Teil so star stens noch in Teiler Häuser und Wohnu wendet werden kö

Kriegsbeginn unter Herrschaft ein Raub beständen betriebes des Krieges noch se Zeit getrocknetes H nicht vorhanden, u Zwecke, wie z. B. F wendbares Holz se notwendigen Bedarfs sind im Gegensatz Trümmern der zerst ser so gut wie gar hergestellt ist woge portschwierigkeiten Umfang angekauft, der Dächer der bes wäre.

Die gesamte anstän in der Bekämpfung schädlichen Plünder rücksichtslos jeden Dieb und Plünder lizei allein nicht in wohnt, geschädigte um solche Plünderu

# Wie „der Führer“ seine Vasallen bezahlte

(Fortsetzung von Seite 1)

Kabinetts noch einmal zusammengetreten und Hitler hat den Reichsministern bekanntgegeben, daß der Reichswehrminister Blomberg verabschiedet und daß Neurath durch Ribbentrop ersetzt worden sei. Die Minister durften aber in dieser informatorischen Sitzung nichts sagen. Als die Reichsminister gemerkt hätten, fuhr er fort, daß Hitler sie nicht mehr zu Kabinettsitzungen rief, hätten sie den Plan gefaßt, sich wenigstens alle zwei Monate einmal zu einer informatorischen Sitzung zu treffen.

## Ministerielle Bierabende

„Ich fragte den Führer“, fuhr der Zeuge fort, „ob ich die Reichsminister alle zwei Monate zu einem Bierabend einladen dürfte. Der Führer aber sagte mir: „Ich verbiete Ihnen das. Wenn ich einmal nach Berlin komme, dann werde ich sie alle mal zu einem Bierabend einladen.“

Von den einzelnen Ministern sagte der Zeuge Dr. Lammers aus, daß der Reichsminister Frank unter der Verfolgung Himmlers und Bormanns, daß Rosenberg unter den Nachstellungen von Goebbels, Frick ebenfalls unter Himmlers, Funk unter Görings und Schacht unter den Nachstellungen Hitlers gelitten habe.

In gereiztem Ton erklärte er, daß Schacht sich falsch erinnere, wenn er behaupte, im September 1941 aus allgemein weltanschaulichen Gründen seinen Rücktritt angeboten zu haben. Schacht sei damals nur gekränkt gewesen, weil man ihm ausdrücklich das Abhören ausländischer Sender verboten habe.

Von dem Angeklagten Funk erklärte Dr. Lammers als Zeuge, daß er als Presseschef der Reichsregierung seinerzeit nur deshalb bei den Sitzungen des Reichskabinetts anwesend gewesen sei, um „zugkräftige Überschriften für die Gesetze“ zu erfinden. Nach dem Jahre 1934 habe er an den Kabinettsberatungen nicht mehr teilnehmen dürfen. „Trotzdem das sein sehnlichster Wunsch war.“ Tagelang habe er einmal in Hitlers Vorzimmer gewartet, aber Hitler habe gesagt: „Ich will ihn nicht haben.“

Von Frick berichtete Dr. Lammers: „Er wurde im Jahre 1943 zu Hitler gerufen, um Reichsprotokoll von Böhmen und Mähren zu werden. Im Vorzimmer sagte er mir: „Ich weigere mich. Ich werde nie und nimmer Reichsprotokoll.“

Als Frick von Hitler herauskam, war er Reichsprotokoll von Böhmen und Mähren. Er hatte allerdings den Befehl mitbekommen, sich in seinem Protokollat nicht allzuviel aufzuhalten.“

## Zwischenfall im Gerichtssaal

Nürnberg, 9. April. Zu einem ungewöhnlich scharfen Angriff des amerikanischen Anklägers Jackson gegen die Verteidigung, der er „Mißachtung des Gerichts“ vorwarf, kam es am 102. Verhandlungstag des Nürnberger Prozesses, wegen eines Buches von Alfred Rosenberg, dessen Druck in 200 Exemplaren die Verteidigung für ihre Beweisführung bei der Anklagebehörde bestellt hatte.

Der Ankläger beschuldigte die Verteidigung der „antisemitischen Propaganda“ und es kam darüber zu einer so erregten Auseinandersetzung, daß der Verteidiger Schacht, Rechtsanwält Dr. Dix, den amerikanischen Ankläger bat, eine Erklärung abzugeben, die die plötzlich entstandene „unerträgliche Atmosphäre“ im Gerichtssaal bereinigen sollte. Ankläger Jackson kam dieser Aufforderung nicht nach.

„Amerika macht die hier im Gericht geübte Praxis, die Anklagebehörde zum Presseschef der nationalsozialistischen und antisemitischen Propaganda der Verteidigung zu machen, nicht mehr mit“, erklärte Jackson.

Um ihre Propaganda zu betreiben, mißachtete die Verteidigung die Anordnungen des Gerichtes und habe im Falle des Angeklagten Rosenberg ein Buch in 250 Exemplaren, insgesamt 25 000 Bogen Papier, mit antisemitischer Propaganda herstellen lassen, obwohl das Gericht die darin enthaltenen Zitate als für die Beweisführung unerheblich abgelehnt hätte.

Für die Gesamtverteidigung erklärte Dr. Dix in großer Erregung, daß es keinen Verteidiger im Nürnberger Gericht gäbe, der nationalsozialistische oder antisemitische Propaganda mache. „Niemand von uns denkt daran, die begrabene Welt des Dritten Reiches zu propagieren. Das wäre, um mit Talleyrand zu sprechen, schlimmer als ein Unrecht — es wäre eine Dummheit. Einen Angeklagten vor dem Nürnberger Prozeß zu verteidigen“, stellte Dr. Dix fest, „erfordert eine Summe von Takt, die das Vermögen eines Menschen fast übersteigt. Die Verteidigung im Nürnberger Prozeß kann sich nicht wehren, nicht einmal gegen die deutsche Presse, die sie täglich angreift“, sagte er.

Rosenbergs Anwalt Dr. Alfred Thoma erklärte den ganzen Vorfall für ein Mißverständnis. Er habe die Dokumente nur an die Übersetzungsabteilung gegeben und von dort seien sie durch

## Achtet auf Plünderer!

Die Instandsetzung durch Kriegshandlungen beschädigter Häuser wird in zahlreichen Fällen dadurch sehr erschwert und zum Teil auf längere Zeit unmöglich gemacht, daß aus ihnen die zerstörten Fensterrahmen, Türen, Fußböden und anderes Holzwerk gestohlen werden. Die Fußbodenbretter werden bei diesem Herausreißen zum größten Teil so stark beschädigt, daß sie höchstens noch in Teilen zur Instandsetzung anderer Häuser und Wohnungen von den Plünderern verwendet werden können. Nachdem schon vor Kriegsbeginn unter der nationalsozialistischen Herrschaft ein Raubbau an den deutschen Waldbeständen betrieben wurde, ist dieser während des Krieges noch sehr verstärkt worden. Längere Zeit getrocknetes Holz ist daher so gut wie gar nicht vorhanden, und auch frisches, für viele Zwecke, wie z. B. Fußbodenherstellung, nicht verwendbares Holz steht nur im kleinen Teil des notwendigen Bedarfs zur Verfügung. Dachziegel sind im Gegensatz zu Mauersteinen aus den Trümmern der zerstörten und beschädigten Häuser so gut wie gar nicht zu gewinnen. Die Neuherstellung ist wegen der Kohlen- und Transport Schwierigkeiten erst in sehr viel geringem Umfang anlaufend, als es zur Wiederherstellung der Dächer der beschädigten Häuser notwendig wäre.

Die gesamte anständige Bevölkerung mußte daher in der Bekämpfung der gewissenlosen, gemein schädlichen Plünderungen zusammenstehen und rücksichtslos jeden solchen gemein schädlichen Dieb und Plünderer sofort anzeigen, da die Polizei allein nicht in der Lage ist, alle z. Z. unbewohnten, geschädigten Gebäude so zu bewachen, um solche Plünderungen zu verhindern.

ein Versehen und ohne sein Zutun in die Druckerei gebracht worden. Sein Versuch, aus dem Buch Rosenbergs, das vom Gericht nicht genehmigten Dokumente nachträglich noch herauszunehmen zu lassen, sei an technischen Gründen gescheitert. Im übrigen enthalte der Band nur Belege für Rosenbergs „neumontane Einstellung“.

In großer Erregung unterbrach hier Ankläger Jackson und bemerkte, es läge hier ein Gegensatz zweier Welten vor: Der Anwalt Rosenbergs spreche von neumontaner Einstellung, Rosenberg dagegen sei angeklagt, am Mord von fünf Millionen Juden mitgewirkt zu haben.

Rosenbergs Verteidiger Dr. Thoma erklärte, man habe Rosenberg vorgeworfen, den Antisemitismus erfunden zu haben. Er wolle durch die Einreichung von Dokumenten beweisen, daß es Antisemitismus in Deutschland schon vor Rosenberg gegeben habe.

„Dr. Thoma“, rief der Ankläger, „möchte Antisemitismus rechtfertigen. Aber das steht nicht zur Verhandlung. Zur Verhandlung steht Mord. Ich werde mich nicht hinsetzen und das mit Dr. Thoma diskutieren.“

Dr. Thoma: „Ich muß jetzt dem Gericht eine Erklärung abgeben, die ich ohne diesen Vorfall niemals abgegeben hätte. Ich habe zu Rosenberg gesagt: „Ihren Antisemitismus kann ich nicht verteidigen, das müssen Sie selbst machen.“

Ohne daß die Anklagebehörden widersprachen, gab Dr. Thoma folgende Darstellung: Noch lange vor der Erörterung, ob und welche Dokumente für Rosenberg zugelassen würden, sei die Übersetzungsabteilung des Gerichts an ihn herangetreten und habe gebeten, ihr Dokumente zu übergeben, da im Augenblick hinreichend Zeit vorhanden sei. Alles andere sei dann ohne seine Mitwirkung automatisch geschehen.

## Nazi-Bonzen waren gut „dotiert“

Bei Wiederaufnahme seines Verhörs bestand der Zeuge Dr. Hans Lammers, der ehemalige Chef der Reichskanzlei, darauf, daß ihm die Ausschreitungen, die bis zu Deutschlands endgültigem Zusammenbruch unter dem nationalsozialistischen Regime begangen wurden, völlig unbekannt geblieben seien.

Der Ankläger Jones forderte den Zeugen als Verwalter der geheimen Geldmittel der Reichskanzlei auf, diejenigen Personen auf der Anklagebank zu nennen, an die er aus diesen Mitteln gezahlt habe. Lammers gab an, Robert Ley, Ribbentrop und Keitel je eine Million Reichsmark ausgezahlt zu haben. Keitel habe er dazu noch aus diesen Geheimmitteln ein Gut gekauft. „Das geschah alles deshalb, weil der Führer die Dotationen, wie sie unter den preußischen Königen üblich waren, wieder aufleben ließ.“

Ankläger: „Was haben Sie, Herr Zeuge, sich selber aus diesen Geheimmitteln gezahlt?“ Lammers: „Der Führer ordnete eine Zahlung von sechsmal 100 000 Mark an meinem 65. Geburtstag für mich an. Er tat das, weil ich zweimal ausgebombt worden bin und weil ich überhaupt kein Haus besaß. Ich wollte mir ein kleines Haus beschaffen.“

Ankläger: „Sie, der Sie doch in Wirklichkeit alle Geheimnisse des Dritten Reiches kennen, haben ausgesagt, daß im Etat des Deutschen Reiches keine Summen für die Konzentrationslager ausgesetzt waren.“

Zeuge: „Ja, das habe ich ausgesagt, und es ist auch so gewesen.“

## Ausgaben für Konzentrationslager

Der Ankläger überreichte dem Gericht den Etat des Reichsinnenministeriums, der für das Jahr 1939 eine Summe von 104 Millionen Mark für die Kosten der Konzentrationslager aufweist. 21 Millionen Mark setzte derselbe Etat für Speisen an, die der SS bei der Verwaltung der Konzentrationslager entstanden seien.

Lammers: „Ich habe fremde Etats nie gelesen.“ Von wievielen Konzentrationslagern in Deutschland haben Sie, Herr Zeuge, der Sie doch in Wirklichkeit von den verborgenen Vorgängen wußten, Kenntnis gehabt?

„Ich wußte nichts. Ich kannte keine Geheimnisse. Ich habe nur von drei Konzentrationslagern etwas gewußt.“

„Wollen Sie behaupten, als Chef der Reichskanzlei nicht gewußt zu haben“, rief der Ankläger, „daß Deutschland über 300 Konzentrationslager unterhalten hat?“

„Ich habe nie etwas mit Konzentrationslagern zu tun gehabt und habe mich nie dafür interessiert.“

## Interzonale Eisen- und Stahllieferung

Düsseldorf, 9. April. Die Lieferung von Eisen- und Stahlmaterial aus der britischen Zone in die anderen Zonen erfolgt nach einer Mitteilung des Verwaltungsamtes für Stahl und Eisen über die Zonenkontingente für Stahl und Eisen, die den einzelnen Besatzungsbehörden zugeteilt wurden. Die Kontingente werden quartalsweise durch den obersten Kontrollrat festgesetzt.

Für den anderen Zonen, die Eisen- und Stahlmaterial aus der britischen Zone beziehen wollen, haben in der Regel einen entsprechenden Antrag über ihr Landeswirtschaftsamt bzw. über die hierfür herausgestellte Stelle bei der zuständigen Kontingentsverwaltung ihrer Militärbehörde einzureichen. Für die russische Zone muß ein besonders festgelegter Formularweg beschritten werden.

Die Kontingentsverwaltungsstellen der einzelnen Militärregierungen erteilen die jeweilige Genehmigung zum Bezug des Materials aus der britischen Zone über das Zonenkontingent. Der genehmigte Auftrag geht — im Normalfall — nicht an den Antragsteller zurück, sondern wird von den Kontingentsverwaltungsstellen an die britische Militärregierung Düsseldorf weitergeleitet. Von dort geht der Auftrag an das Verwaltungsamt für Stahl und Eisen in Düsseldorf.

Hier erfolgt die Abbuchung vom Zonenkontingent und die Weiterleitung über die Auftragslenkungsstellen des Verwaltungsamtes an die Auftragsempfänger. Den Auftragslenkungsstellen steht es frei, den Auftrag einem anderen Lieferwerk als dem vom Kunden vorgeschlagenen zuzuweisen, wenn besondere Gründe dies erfordern. Nur solche Aufträge, die den Genehmigungsvermerk der Militärregierung des Bestellers und der britischen Militärregierung tragen, werden von der britischen Zone angenommen und an die Werke zur Fertigung weitergegeben. Die der Kontingentierung unterliegenden Vormaterialien, die zur Herstellung von Fertigerzeugnissen in den anderen Zonen aus der britischen Zone benötigt

Ankläger: „Aber Sie waren doch SS-Gruppenführer. Sie saßen doch in der Mitte des nationalsozialistischen Netzes. Wollen Sie diesem Gericht tatsächlich unter Eid erklären, daß Sie nicht von der Existenz von mehr als drei Konzentrationslagern gewußt haben?“ Lammers: „Ich wußte, es müßte noch andere geben.“

## Der Mord an den alliierten Fliegern

Nürnberg, 10. April. — Die Frage, ob Göring und Keitel persönlich die Schuld an der Ermordung der 50 alliierten Flieger vom Stalag Luft 3 im Frühjahr 1944 tragen, suchte am Mittwoch das Gericht durch die Vernehmung des Generals Adolf Westhoff, des ehemaligen Leiters der Abteilung für das Kriegsgefangenenwesen im OKW, zu klären.

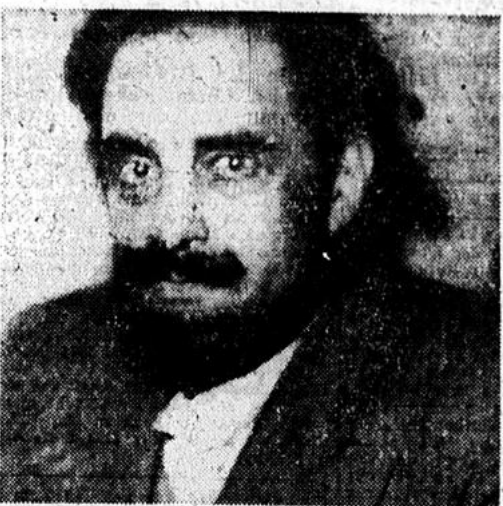
Unmittelbar nach der Flucht der Flieger, so sagte der ehemalige General, sei er zusammen mit dem Inspekteur der Kriegsgefangenenlager, General v. Grävenitz, zu Keitel befohlen worden, den er bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal gesehen habe.

In außerordentlicher Aufregung habe Keitel erklärt: „Das ist eine böse Angelegenheit. Heute morgen warf mir Göring in Hitlers Gegenwart die Sache vor. Diese Entführung müssen so zu einem Ende gebracht werden, daß die Leute, die entflohen sind, erschossen werden. Wahrscheinlich ist der größte Teil der Leute jetzt schon tot.“

Der Zeuge erklärte, daß er ebenso wie General v. Grävenitz über diese Haltung Keitels sehr erstaunt gewesen sei. Grävenitz habe sogar offen opponiert und erklärt: „Aber Herr Generalfeldmarschall, das kommt doch gar nicht in Frage. Die Flieger haben doch nichts Unehrenhaftes getan. Das würde doch auch gegen die Genfer Konvention verstoßen.“ Das geht mich alles einen Dreck an“, habe Keitel gerufen und erklärt, das Exempel sei jetzt zu statuieren. Wer von den Fliegern eingekauft sei, werde in die Hände der Gestapo kommen.

Nach dem Bericht des Zeugen ging nun die Angelegenheit ihren Gang. Die Flieger wurden erschossen. Die Gestapo weigerte sich, Auskunft zu geben. Im britischen Unterhaus kam der Mord zur Sprache. Keitel erließ einen Befehl, daß die Namen der Erschossenen in den Kriegsgefangenenlagern, aus dem die Entflohenen stammten, angeschlagen werden sollten.

Der Zeuge sagte, er habe von Keitel einen mündlichen Befehl bekommen, der ihm abermals auferlegte, neu eingekaufte Flieger zu erschießen.



Petiot, der „Blaubart von Paris“

Paris, 8. April. — „Die Geschworenen haben meinen Fall mißverstanden“, so erklärte der wegen Ermordung von 24 Menschen am Donnerstag voriger Woche zum Tode verurteilte Pariser Arzt Dr. Marcel Petiot wiederholt seinen Gefängniswächtern.

Der „Blaubart von Paris“ hat das Selbstvertrauen, das er während des ganzen Prozesses zur Schau trug, nicht einmal jetzt nach seiner Verurteilung zum Tode verloren. Er vertraut auf seine Berufung, die allerdings kaum vor Ende April das Berufungsgericht beschäftigen wird.

## Besuch der Leipziger Messe

Leipzig, 9. April. — 2400 Aussteller haben, wie das Messenamt bekanntgibt, bereits ihre Meldungen für die Leipziger Messe abgegeben, die in diesem Jahre in der Zeit vom 8. bis 12. Mai stattfindet.

Für Einkäufer und Aussteller aus den westlichen Zonen sind wesentliche Reiseerleichterungen vorgesehen. Aus den Städten Hamburg-Altona, Bremen, Hannover, Köln und München-Gladbach werden in der Zeit vom 7. bis 18. Mai ein oder mehrere Sonderzüge für Besucher der Messe eingesetzt.

Durch eine Anordnung der sowjetischen Militärverwaltung wird den Ausstellern und Einkäufern aus den westlichen Zonen die Einreise in die sowjetische Zone, der Aufenthalt in Leipzig und die Wiederausreise in der Zeit vom 8. bis 12. Mai gestattet. Amtliche Messeausweise können von den zuständigen Industrie- und Handelskammern ausgestellt und zur Beförderung an die örtlichen Militärkommandanten weitergeleitet werden. Auf Grund der so beglaubigten amtlichen Messeausweise erhalten die Aussteller Fahrkarten für die Sonderzüge sowie die Quartalausweise.

Eine weitere Anordnung der sowjetischen Militärbehörden berechtigt die Mesebesucher aus den westlichen Zonen und dem Ausland, 1500 Reichsmark in die Sowjetzone einzuführen. Die Landesbank Sachsen soll die Mesebesucher nach folgender Anweisung der Sowjetbehörden bedienen:

1. Zahlungen auf Grund von Warenverträgen, die zwischen auswärtigen Firmen und Firmen anderer Besatzungszonen abgeschlossen sind, werden nach Ordnung der Clearing Abrechnung abgewickelt.
2. Ausländische Besucher können für ihre laufenden Ausgaben in ihrem Besitz befindliche Valuten bis zu 1000 Mark pro Person in Markbeträge umtauschen. Die Wechselkurse werden noch bekanntgegeben.

## Textilindustrie erhält Rohstoffe

Berlin, 10. April. — In dem Plan des Alliierten Kontrollrates über den künftigen Umfang der deutschen Industrieerzeugung ist die Kapazität der Textilindustrie für das Jahr 1949 das erste Normaljahr nach dem Kriege, mit 665 000 Tonnen — 185 000 Kunstfaser und 480 000 Tonnen Naturfaser — im Vergleich zu 856 000 Tonnen im Jahre 1936 berechnet worden. Die Erzeugung von Textilwaren kann jedoch, falls der Kontrollrat keine gegenteilige Bestimmung treffen sollte, über diese Berechnungen des Rohstoffverbrauchs hinausgehen.

Für die Baumwoll- verarbeitende Industrie liegt eine günstige Voraussetzung dafür insofern vor, als die amerikanische Regierung sich bereit erklärt hat, soviel Baumwolle zu liefern, daß die Webstühle in allen vier Zonen voll beschäftigt sein werden.

Der Vorschlag der amerikanischen Regierung sieht vor, daß Deutschland den Export wieder aufnehmen soll, um aus dem Erlös die Baumwolllieferungen zu bezahlen. Infolge der Steigerung des Wertes der eingeführten Rohbaumwolle durch die Verarbeitung — Veredelung — in Deutschland, brauchen nur 40 Prozent der herangekommenen Baumwolle verarbeitet wieder ausgeführt zu werden. Die verbleibenden 60 Prozent kann Deutschland für sich verbrauchen.

Die Aussichten für eine ständige Versorgung unserer Baumwollindustrie mit Rohstoffen sind außerordentlich günstig, weil sich in den Baumwolle produzierenden Ländern infolge des Krieges riesige Vorräte angesammelt haben, die sich nach den neuesten Schätzungen auf etwa 26,7 Millionen Ballen belaufen. Da der gesamte Baumwollverbrauch der Welt sich im letzten Vorkriegsjahr auf rund 25 Millionen Ballen stellte, entsprechen die angesammelten Vorräte auf dem Weltmarkt etwa dem Konsum eines Jahres.

Auch die Rohstoffversorgung der deutschen Wollindustrie hängt in erster Linie davon ab, daß eine Möglichkeit der Finanzierung gefunden wird. Vor dem Kriege belief sich die Weiterzeugung an Rohwolle auf rund 1,8 Millionen Tonnen, wovon 45 Prozent auf das britische Empire entfielen, das dementsprechend auch stark an der Weltausfuhr beteiligt war, nämlich mit 59 Prozent.

Die Erzeugung von Kunstseide und Zellwolle dürfte heute ebenso groß sein, wie die gesamte Produktion von natürlicher Wolle. Deutschlands führende Stellung auf dem Gebiet der synthetischen Textilrohstoffe berechtigt zu der Hoffnung, daß die Fabrikation von Kunstseide und Zellwolle aller Art bei dem Wiederaufbau eine beträchtliche Rolle spielen wird.

Insgesamt sind die Zukunftsaussichten der deutschen Textilindustrie, von der Rohstoffseite her betrachtet, nicht ungünstig. Eine andere Frage ist es, wie weit die Produktionskapazität durch die Auswirkungen des Krieges gelitten hat. Hierüber liegen genaue Angaben noch nicht vor. Doch ist anzunehmen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Industrie noch betriebsfähig ist. Als wichtigste Probleme stehen im Vordergrund: Die Finanzierung der Rohstoffzufuhr aus dem Ausland, die Besserung der Transportlage und die damit verbundene Frage der Kohlen- und Stromzufuhr und schließlich die Inangasetzung des Interzonenverkehrs auf breiter Basis.

Je schneller es gelingt, diese Probleme einer Lösung zuzuführen, um so eher wird die dann zu erwartende Wiederbelebung der Textilindustrie, die zusammen mit der Bekleidungsindustrie in Friedenszeiten über ein Fünftel aller in Industrie und Handwerk tätigen Personen beschäftigt, dem Wiederaufbau der gesamtdeutschen Wirtschaft zugute kommen.

## Hoover zur Ernährungskrise

Brüssel, 8. April. — Noch auf vier Monate schätzt der amerikanische Ernährungsbeauftragte Hoover die Dauer der Welternährungskrise.

„Mit Ende August wird das Hungergespöst an der Tür der Welt verschwinden, wenigstens für eine Weile“, meint Hoover. Sobald die Ernte in Europa und Nordamerika eingebracht sei, werde eine Aufstellung über die Getreidevorräte der Welt gemacht.

Hoover sprach sich für die Errichtung einer koordinierten Verteilungsstelle für die Nahrungsmittelversorgung aus. Die Vollmachten, die dieser Stelle zugesprochen werden sollten, würden von der Lage nach der nächsten Ernte abhängen. Wenn sich die gegenwärtigen Anzeichen einer übergroßen Getreideernte in Nordamerika bewahrheiten und die Erwartungen der europäischen Ernte sich als gut erwiesen, würde eine solche Organisation keine große Autorität benötigen.

## Dr. Högner trifft Hoover

München, 10. April. — Zu einem Zusammenreffen zwischen Herbert Hoover und dem bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Högner, wird es in diesen Tagen in Berlin kommen.

Wie auf einer Pressekonferenz in München am Mittwoch bekanntgegeben wurde, begibt sich Dr. Högner zu diesem Zweck in Begleitung des bayerischen Landwirtschaftsministers, Dr. Josef Baumgartner, am Donnerstag nach Berlin. Högner beabsichtigt, Hoover einen ausführlichen Überblick über die Ernährungslage in Bayern zu geben.

## Verhandlung über Ruhrkohle

London, 10. April. — Englisch-französische Verhandlungen über die Erzeugung und Verteilung der Ruhrkohlen in der britischen Zone Deutschlands werden, wie das Kontrollamt für Deutschland und Österreich bekanntgibt, am Freitag in Essen beginnen.

Der verantwortliche Staatsminister für die Verwaltung der britischen Zonen Deutschlands und Oesterreichs, J. B. Hynd, wird die britische Delegation anführen. Die französische Delegation setzt sich aus Marcel Paul, dem französischen Industrieminister und Rene Mayen, dem Hohen Kommissar für deutsche Angelegenheiten, zusammen.

Die Beratungen führen die Verhandlungen fort, die Minister Hynd Ende des vergangenen Jahres in London mit dem französischen Botschafter und französischen Kohlenfachleuten begonnen hatte.



## Reich der Frau

Form der veröffentlichten Briefe identifiziert.)



Form der veröffentlichten Briefe identifiziert.)

[illegible]

und Form der veröffentlichten Briefe identifiziert.)



# Sitzung des Borkener Kreistages

Die Instandsetzung des Postgebäudes zur vollständigen Wiederaufnahme des Postverkehrs und zur Unterbringung des neuen Fernsprechwählmats macht gute Fortschritte. Durch die energisch geführten Aufräumarbeiten, die gleich nach der Freigabe des Postamtes von seiten der gesamten Gefolgschaft geleistet wurden, konnte die Inangriffnahme der Aufbauarbeiten baldigst erfolgen. Und da auch diese von Kräften aus der Belegschaft ständig unterstützt wurden, blieb der sichtbare Erfolg trotz der zeitweilig schlechten Witterungsverhältnisse nicht aus. Gleichzeitig wurde auch das Kabelnetz neu gelegt, und es wird nicht mehr allzulange dauern und dann werden nicht nur bevorzugte Dienststellen, sondern auch private Interessenten sich an die so lang entbehrt „Quasselstippe“ hängen können.

Rektor a. D. Bose wurde am 9. April 90 Jahre alt. Das Geburtstagskind war zunächst Hauslehrer in der Soester Gegend, dann Lehrer in Homer und in Rhede. Im Jahre 1884 kam er nach Borken, wo er über 30 Jahre an der Rektoratschule zum Wohle der Jugend segensreich wirkte.

Am 21. März 1946 tagte im Amtsgericht zu Bocholt das eigentliche Militärgericht und verhandelte folgende Angelegenheiten: Franz, 1. Jahrgang, wurde wegen Verstoßes gegen die Wehrverordnungen des Reichswehrministers vom 1. April 1938, Bocholt, Bülcherstraße 3, in die Wehr angeklagt. In den letzten Monaten des vorigen Jahres 3200 Liter Benzin der Alliierten Streitkräfte aus Güterwägen am Bahnhof Bocholt gestohlen zu haben. Er gab die Verantwortung für das Verbrechen auf sich und wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte, Franz, war wegen Verstoßes gegen die Wehrverordnungen des Reichswehrministers vom 1. April 1938, Bocholt, Sachsensstraße 4, S. 4, wegen unerlaubten Besizes von 1000 Liter Benzin der Alliierten Streitkräfte angeklagt. Es konnten keine Beweise erbracht werden. Die Anklage wurde nicht gescheitelt. Henze, Norbert, 37 Jahre, wohnhaft in der Bismarckstraße 12, Bocholt, wurde wegen Verstoßes von 1000 Liter Benzin der Alliierten Streitkräfte

Ferner waren die drei ungarischen Kriegsgefangenen Gabor, Tyika und Kurheja wegen verbotenen Zonenübertritts angeklagt. Die Verhandlung wurde am 1. des nächsten Monats vertagt. Am 1. April 1946 lagte im Amtsgericht zu Bocholt das englische Militär-Gericht und verhandelte folgende Fälle: Bogdan, Ferenc (Ungar), Deoß, Istvan (Ungar), Dorogi, László (Ungar), Zseli, Josef (Ungar) alle aus dem Unkarnlager Landshut, Marieplatz 7; die vier Ungarn haben die deutsch-holländische Grenze zwischenwäg überschritten und wurden zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. — Gabor Nagy (Ungar), Tyika, Antal (Ungar), Kurheja, John (Ungar) alle Rote-Kreuz-Station München, Rheinstraße; die drei Ungarn waren wegen verbotendürigen Wohnungs- und Zonenwechsel angeklagt und wurden zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. — Winkolmann, Hans (Ungar), Winkolmann, Adolf (Ungar), Heisterkamp, Hermann (Ungar), Rhede, Burloer Weg 7 hatten die deutsch-holländische Grenze verbotendürig überschritten. Sie wurden zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. — Fink, Clotile, wohnhaft Amsterdam, Ruestenburger Straat 98; f. hat die Grenze nach Holland überschritten, trotzdem sie vor dem Tagzettel gegen gleiches Verbrechen in der Militär-Gericht erstanden hat. Sie wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

**Spielverein Vrsasselt — Blau-Weiß Dingden 2:4 (6:1).**  
Die Dingdener hatten das Spiel fest in der Hand. Schon nach kurzer Spielzeit ging Dingden 1:0 in Führung. Nach dem Wechsel kam Vrsasselt mächtig auf. Trotz Verletzung von zwei Spielern bekam Dingden wieder Oberwasser und gewann 4:2. Im Vorspiel siegte Vrsasselts Reserve 4:3.

Gelsinkhagen-Buer, Schaffrathstr. 53, Tel. 30418.  
Elektr. Bandsägelektapparat. An- und Ausschalten, Hartlepparbeit  
lieferbar. Attendorn I. W. Postf. 44.  
Bestellungen an Ernteliedergarn für  
Landwirtschaft nimmt auf vorgesch.  
Anfangsmärkte entgegen. Seltener  
Anton Sommers, Becholt, Vorkstr. 70.  
wird jg. Erzeugung des alten Meistler  
Schreiner mit Meisterprüf., nach viel-  
bes. Ort des Sauerl. gez. Einheitsrat  
Übung, des Geschäfte, ver. mit  
Landw. mögl. Z.  
Zwei jg. Leute, die mit Pferden um-  
gehen können, mögl. vom Lande.  
auch Ostschl., gez. Josef Honsel,  
Sternstr. 3.

Zur Unterscheidung des alten Meisters  
wird jg., strebs., unvern., kath.  
Schreiner mit Meisterprüf., nach viel-  
bes, Ort des Sauerl, ges. Einheirat  
und Ubern, des Geschäfts verb. mit  
Landw. mögl. LO 146 NWZ. Olpe.  
Zwei jg. Leute, die mit Pferden um-  
gehen können, mögl. vom Lande,  
auch Ostflüchtl, ges. Josef Honsel,  
Stehern 37.

Elektr. Bandsägelötapparate, An- und Nachschleppapparate, Hartlötlötapparate lieferbar, Attendorf i. W., Postf. 44.  
Bestellungen auf Erntebildergarn (für Landwirtschaft) nimmt auf vorgeschr. Antragsformularen entgegen, Seilereei Anton Sommers, Bochoit, Yorkstr. 70.

Empfehle mich als Gartenarbeiter.  
Bocholt, Regerstraße 11.  
Gärtnermeister, kath., verh., bewand.  
i. Topfpfl., Schnittbl., Obst-, Ge-  
müosebau, s. Stellung i. Anstalt.  
Guts- od. Handelsgärtnerei, Am lieb-  
sten, wo Beteilig. od. spät. Über-  
nahme mögl. ist, Kaut. kann ge-  
stellt werden. Ang. F. Ellermeyer,  
Neubeckum, Werl. 4.

Ramsdorf, Eilandstr.  
Hohs, schw. Herrenschuhe (40) gegen  
gleiche Gr. 42. Näh. Blomesath,  
Rhede.  
Schwarzbuntes, hochtrag. Rind oder  
Jg. Weidekuh gegen Runkeln oder  
Heu. Näh. Vering, Heiden 72.  
Frischmelke Kuh und zwei Rinder,  
ein Jahr, gegen Schlechtliere. Näh.  
NWZ, Borken.

Damierenschuhe (33/30),  
 Bocholt, Blücherstr. 13,  
 Guterhalt, schw. Herrenge-  
 -Samtkragen geg. Herren-  
 fahrrad, Bocholt, Yorkstr.  
 m reine weiße Seide (für 1  
 100 cm br. geg. 2 1/2—3 m  
 stumstoff, Bocholt, Blü-  
 Halbschuhe (34) geg. Halbs-  
 hohe Schuh (35) geg. ho-  
 (36), Bocholt, Schwabenstr.

Reiniger,  
Friedrich m.  
70, Damen-  
Bretkleid),  
Kuten Ko-  
str. 11.  
schuhe (36),  
die Schuhe.  
20.

Damenstiefel, Schachtel, Damenstiefel 13.  
Damenstiefeln (37) geg. 38 f.  
mann, Bocholtz, Münster Str. 2.  
Zwei guterh., lederne Mädchenstiefel-  
nister gegen zwei Paar Damenstiefel-  
schuhe (39 und 40). Menting, Bie-  
menhorst 47.  
  
Gute Knabenstiefe. - Gr. 28 und 30.  
geg. Gr. 34. Jos. Böng, Kresching 3.  
Gute Kuh gegen trag. Kuh oder Rind,  
Nah. NWZ, Borken.

Das neue Ges  
ren Spielraum  
unmittelbar gere  
nen sich die Be  
ten befassen, die  
Die Betriebsräte  
sammen arbeit  
Kriegsproduktion  
Denazifizierung d  
ternehmen zu

befassen, die Betriebsräte  
nehmen arbeit  
egsproduktion  
nafizierung de  
nehmen zu he

